

Klug handelt, wer redet

Verhältnis zu Russland: „Es braucht einen großen Wurf“, FR-Thema v. 22.1.

Endlich mal einer, in diesem Fall Herr Platzeck, der sagt, dass wir uns Russland annähern sollten! Vor allem mit Blick auf die Zukunft. Die USA werden ein Wackelkandidat bleiben, China wird in rasendem Tempo die Zukunft bestimmen, der ganze Osten rückt mehr ins Blickfeld. Russland ist nun mal quasi unser Nachbar auf einem Kontinent, während der Ozean kein Teich ist, in vielerlei Hinsicht. Von den beiden stärksten Atommächten der Welt umgeben zu sein, erfordert kluges, vorausschauendes Handeln. Außerdem klappt es doch nie, darauf zu warten, dass sich der Partner ändert, wie man aus der Psychologie weiß. Man muss auch nicht alle Verhaltensweisen des Gegenübers billigen oder verstehen. Annäherung geschieht nur über Kommunikation. Ilona Horn, Marburg

Zusammen mit der AfD

Landtag: „Reichsflagge wird nicht verboten“, FR-Regional vom 22. Januar

Was holt der Nazi in Hessen aus dem Schrank, wenn's zur Demo geht? Die Reichskriegsflagge. Flaggen mit dem Hakenkreuz werden strafrechtlich verfolgt, aber nicht die Reichskriegsflagge ohne Hakenkreuz. Nicht in Hessen, wohl aber in anderen Bundesländern wie Bremen und Rheinland-Pfalz. Das jedenfalls haben die Landtagsfraktionen von CDU, Grünen und AfD beschlossen und einen Verbotstrag der SPD abgelehnt. Sie sind damit auch der Begründung eines Abgeordneten der Grünen, Lukas Schauder, gefolgt. Unter anderem fragte er, ob ein Verbot das geeignete Mittel sei. Wer gegen Symbole vorgehen wolle, die von Nazis verwendet würden, müsse dann auch germanische Runen oder das Zeigen des Buchstabens Q (für QAnon) verbieten.

Über welchen Schlachtfeldern hat die Reichskriegsflagge ohne Hakenkreuz geweht? Sedan und Verdun, Deutsch-Südwestafrika usw. Also überall dort, wo die Armeen des Deutschen Reichs ihre „Arbeit“ verrichtet haben: Millionen von Kriegstoten des Ersten Weltkriegs, Völkermord an den Hebräern und Nama, Unterdrückung in weiteren deutschen Kolonien. Alles unter der Reichskriegsflagge. Was dagegen ist unter der Flagge „QAnon“ Verzeichnbares zu verzeichnen? Sie steht für eine Verschwörungstheorie mit rechtsextremem Hintergrund, wonach eine weltweit agierende, satanistische Elite Kinder entführt und erlode, um aus ihrem Blut eine Verjüngungsdroge zu gewinnen.

Ich frage mich, was schlimmer ist: Schauders Redebeitrag oder die widerspruchslöse Akzeptanz der zustimmenden Fraktionen. Carlo Graf, Hattersheim



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210201

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert „Keep calm and carry on?“

Europäische Sicherheitspolitik nach dem Brexit“. Darüber sprechen Katharina Barley (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, der CDU-Europaabgeordnete David McAllister und Dirk Peters vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Aus dem Haus am Dom. Das Gespräch wird gestreamt unter: youtube.be/Th_gBckW-54
Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr

Könnte man die Sonne patentieren?

Impfen: „So nicht“, FR-Meinung vom 25. Januar, und zum Thema Konjunktur: „Ausweg gesucht“, FR-Meinung vom 28. Januar

Desaströses Impfmanagement

Es geht kein Aufschrei durchs Land angesichts der Tatsache, dass nun die Impffreihefolge geändert wird! Bis die Gruppe der Über-80-Jährigen „durchgeimpft“ sein wird, ist es im besten Fall Ende April. Dann sollten eigentlich die Über-70-Jährigen an der Reihe sein. Eigentlich! Verkündete doch Gesundheitsminister Spahn am 29.1. vollmundig in der ARD, dass der Impfstoff von Astrazeneca vorerst nur den Unter-65-Jährigen zu verabreichen sei, da für Ältere nicht genügend aussagekräftige wissenschaftliche Resultate vorliegen. Folglich könne man beginnen, die Gruppe der 18- bis 64-Jährigen zu impfen.

Im Klartext: Die Älteren müssen erst mal bei der Impfung außen vor bleiben, wobei es sich um die geburtenstarken Jahrgänge nach dem Krieg handelt. Vielleicht mutmaßt Spahn, dass dieser Personenkreis sowieso nicht mehr der arbeitenden Bevölkerung zuzurechnen sei, womit er den Fokus eindeutig auf die mutmaßliche „Unproduktivität“ eines großen Teils der Nachkriegsgeneration legt? Wie menschenverachtend ist diese Haltung?

Ich selbst bin zwar schon im Rentenalter, aber hauptberuflich über 40 Wochenstunden in der Flüchtlingsbetreuung tätig. Die Klientel der Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien, dem Iran und Irak, Äthiopien und Eritrea etc. lebt in prekären Wohnverhältnissen in Sammelunterkünften oder meist dicht gedrängt in winzigen Wohnungen und verfügt zumeist über weitverzweigte und enge Familienbande, die Coronainfektionen begünstigen. Dementsprechend häufig beobachte ich, dass sich immer wieder einzelne Personen aus diesen Gruppen in Quarantäne begeben müssen. Nun befürchte ich täglich, mich als vorerst Ungeimpfte anzustecken!

Spahn und seine „Camarilla“ versuchen wohl, durch ihre vorgezogene Hauruck-Impfung der

18- bis 64-Jährigen davon abzuweichen, welche desaströse Impfmanagement diese Regierung an den Tag legt: Schon vor Monaten wurden – anders als in den USA oder in Großbritannien – keine Impfdosen in ausreichender Menge bestellt, was die vorrangigste Aufgabe dieses Ministers hätte sein müssen. Mit Lieferengpässen hätte man in weiser Voraussicht rechnen müssen. Nun haben Millionen Impfwillige unter eben diesen Lieferengpässen zu leiden. Zu diesem Missmanagement passt auch die urplötzliche Zulassung eines nur zu 70 Prozent wirksamen neuen sogenannten 1b-Wirkstoffs. Wem er wohl verabreicht werden soll?

Janine Aranda, Frankfurt

Das Problem heißt Kapitalismus

Das derzeitige Impfchaos mag vielfältige konkrete Ursachen haben, über die man sich streiten und aufregen kann. Dabei gerät leicht aus dem Fokus, was das grundsätzliche Problem ist: Es heißt Kapitalismus. Kapitalismuskritiker:innen haben von Anfang an gefordert, dass eine globale Pandemie auch in globaler Kooperation bekämpft werden muss. Doch stattdessen beherrschen kapitalistischer Konkurrenzkampf und Profitstreben die Szenerie. Wir wären viel, viel weiter, wenn im Sinne des Nutzens für die Menschheit weltweit Wissenschaftler:innen, Universitäten, der gesamte Gesundheitsbereich und „die Wirtschaft“ gemeinschaftlich geforscht, erprobt, verbessert und die besten Konzepte verwirklicht hätten. Produktionsanlagen sind heutzutage so flexibel, dass immer wieder innerhalb kürzester Zeit auf neue Produkte umgestellt und diese massenhaft produziert werden. Warum nicht in diesem Fall?

Die Art und Weise des Patentschutzes fördert zusätzlich, dass jeder aus seinen Forschungen Geheimrezepte macht und den anderen möglichst vorenthält. Wegweisend war die Haltung von Professor Jonas Salk, der auf das

Patent für seine Polio-Schluckimpfung verzichtet hat: „Dieser Impfstoff gehört der Menschheit. Es gibt kein Patent. Könnte man die Sonne patentieren?“

Gerade heute sollte man sich keine Denkverbote mehr aufkotzen lassen bei den „Reizwörtern“ Sozialismus oder Planwirtschaft.

Monika Gärtner-Engel, Gelsenkirchen

Der irrige Glaube an permanentes Wachstum

Die Zahlen zum künftigen Wirtschaftswachstum wurden von der Bundesregierung korrigiert. Schon in normalen Zeiten sind diese Prognosen sehr fragwürdig, insbesondere weil sie in allen Medien verbreitet werden und erheblichen Einfluss auf Entscheidungen in der Wirtschaft, im persönlichen Bereich und auf die Stimmungslage der Bevölkerung haben.

Welchen Wert haben sie in der aktuellen Pandemie? Niemand kann die Entwicklung der Pandemie sicher voraussagen. Wie werden sich die neuen und künftige Mutanten des Virus auswirken? Haben die Impfungen die erhoffte Wirkung? Welche Maßnahmen wird der Staat angesichts der Pandemie noch ergreifen? All diese Unbekannten wirken sich drastisch auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Außerhalb des Pandemie-Geschehens gibt es weitere unbekannte Entwicklungen, die Wirkung zeigen werden. Vor diesem Hintergrund wird vollkommen unreflektiert darum gestritten, ob das künftige Wachstum 0,5 Prozent höher oder niedriger liegen wird. Welchen Sinn soll das machen? Warum verleihen die Medien diesen Zahlen weiterhin solche Aufmerksamkeit?

Dass permanentes Wirtschaftswachstum auf einer begrenzten Erde ohnehin Wahnsinn ist, geht dabei vollkommen unter, weil sonst das Glaubensbekenntnis der Gesellschaft in Frage gestellt werden müsste.

Uli Barth, Kaufungen

Diskussion: frblog.de/priviliegen

Der Tag, an dem Leningrad befreit wurde

Gastbeitrag: „Was bedeutet mir der 27. Januar?“, FR-Meinung vom 26. Januar

Völlig zu Recht weist der Gesellschaftswissenschaftler Frank Nonnenmacher im Zusammenhang mit dem 27. Januar und der Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee auf weitere Verfolgengruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle, sogenannte „Asoziale“ und Berufsverbrecher“ hin und auf die beschämend späte Anerkennung durch den Bundestag dieser damaligen KZ-Häftlinge als Opfer des Nationalsozialismus.

Zum Datum des 27. Januar gehört aber noch ein anderes Ereignis, das der Historiker Daniel Niemetz als „eines der eklatantesten Kriegsverbrechen der Wehrmacht“ (MDR 6.10.2016) bezeichnete, nämlich die Lenin-

grader Blockade als Teil des „rassistischen Vernichtungskrieges“ gegen die Sowjetunion. Auf persönliche Anordnung von Hitler hatte die Heeresgruppe Nord der Wehrmacht die 2,5 Millionen Einwohner des heutigen St. Petersburg vom 8. September 1941 bis 27. Januar 1944 eingeschlossen. In dieser 872 Tage dauernden Blockade starben etwa eine Million Menschen. Niemetz dazu: Ziel dieser NS-Strategie sei unter anderem gewesen, die Wehrmacht ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung aus den besetzten Gebieten zu versorgen und die Einwohner gleichzeitig durch Hunger zu vernichten. Vor allem Kinder, Alte und Kranke würden Opfer des Hungertodes. Die Menschen kippten einfach

auf den Straßen um oder stürben in ihren Wohnungen. Der Tod werde zur Normalität. Leningrad wird am 27. Januar 1944 durch die Rote Armee befreit.

In der ersten Reihe der Abgeordneten des Bundestages sitzt ein Alexander Gauland (AfD), der angesichts dieser Verbrechen ungestraft verbreiten darf: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“ Was für ein Land!

Dieses Kriegsverbrechen der Wehrmacht sollte wegen seiner Monstrosität im Rahmen des jährlichen Holocaust-Gedenktages und der Gedenkstunde im Bundestag eine angemessene Berücksichtigung finden. Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf